
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD
Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen
und Torsten Wucherpfennig im Rat der Stadt Göttingen

Göttingen, 1.12.2016

Antrag für den Rat am 16. Dezember 2016

Innovative Maßnahmen der Stadtentwicklung rund um den Waageplatz

Der Rat möge beschließen:

Die Stadt Göttingen beteiligt sich mit einem Projektvorschlag zur integrierten, nachhaltigen Stadtentwicklung am EFRE-Programm „Urban Innovative Action (Innovative Maßnahmen der Stadtentwicklung)“ der Europäischen Union.

Zielgebiet ist die westliche Erweiterung des Sanierungsgebietes „Historische Altstadt-Nord“, zwischen Leinekanal, Goethe-Allee, Obere-Masch-Str. und Waageplatz, mit dem Focus auf die ehemalige JVA.

Die Verwaltung wird beauftragt in Kooperation mit der Beschäftigungsförderung Göttingen kAöR ein Konzept zu entwickeln, zur Antragsreife zu bringen und einzureichen.

Für die Projektentwicklung werden 20.000,-Euro Haushaltsmittel eingeplant, die im Erfolgsfall zu 80% aus dem Projektbudget refinanziert werden können.

Im Falle der Bewilligung des Projektantrages mit einem Fördervolumen von bis zu 5 Mio. Euro werden für die Jahre 2018-2020 p.a. 200.000 Euro als Ko-Finanzierung aus Haushaltsmitteln bereitgestellt.

Begründung:

Für die Erweiterung des Sanierungsgebiets „Historische Altstadt-Nord“ und hier insbesondere für den Waageplatz mit der ehemaligen JVA besteht städtebaulich und sozialpolitisch dringender Handlungsbedarf. Im Rahmen der ergänzenden vorbereitenden Untersuchung „Historische Altstadt-Nord“ werden die Defizite des Quartiers benannt, allerdings teilweise (z.B. ehemalige JVA) nicht mit Fördermitteln unterlegt. D.h., auch für den Fall eine Aufnahme des Gebietes in das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ stehen für die Sanierung und Umnutzung der ehemaligen JVA keine Mittel zur Verfügung.

Hier bietet sich das EFRE-Programm „Urban Innovative Actions“ der Europäischen Union als attraktive Ergänzung an. Während der aktuellen Förderperiode 2014-2020 lanciert die EU-Kommission 5 Projektaufrufe, in deren Rahmen jeweils 15-20 Städte ausgewählt werden. Die Themen wechseln dabei von Aufruf zu Aufruf. Für den kommenden Aufruf ist u.a. das Thema „Integration von Migranten und Flüchtlingen“ angekündigt worden. Die Projektvorschläge müssen bis zum 31.03.2017 in Brüssel eingegangen sein. Entschieden wird im September 2017 – Projektbeginn könnte Anfang 2018 sein, bei einer Laufzeit bis Ende 2020. Erfolgreiche Projekte können mit jeweils bis zu 5 Mio. Euro gefördert werden. Eine (kommunale) Ko-Finanzierung von 20% der Gesamtkosten wird vorausgesetzt. Mit dem Gesamtvolumen von gut 6 Mio. Euro soll das Quartier entwickelt werden, wobei durch den Einsatz von vorhandenen Ressourcen und Personal zur Ko-Finanzierung voraussichtlich nur 200.000,-Euro p.a. in Form von Haushaltsmitteln benötigt werden. Als Anker bzw. Leuchtturm zur Entwicklung des Quartiers ist der Umbau der ehemaligen JVA in ein Hostel oder „0 Sterne Hotel“ vorgesehen. Das Projekt soll partizipativ angelegt sein, d.h. unter aktiver Beteiligung der Nachbarschaft (hierzu gehören beispielsweise auch die Heilsarmee und OM 10) und von Geflüchteten und Migranten. Geflüchtete und Migranten sollen darüber hinaus sowohl beim Umbau der ehemaligen JVA als auch beim zukünftigen Betrieb als Hostel beteiligt werden. Darüber hinaus soll das Quartier durch moderierte Prozesse, Unterstützung durch Wirtschaft, Vermieter*innen und Berater*innen aufgewertet, Arbeitsplätze geschaffen und Gründungspotentiale der Bewohnerinnen und Bewohner erkannt und gefördert werden. Für das geplante Hostel liegen bereits Wirtschaftlichkeitsberechnungen und grobe Bauplanungen vor. Laut Expert*innen aus dem Bereich DEHOGA und Touristik – die das Projekt unterstützen - würde ein Hostel eine Lücke im lokalen Beherbergungsangebot an einem zudem hochattraktiven Standort schließen.

Weiterhin soll das Projekt von Beginn an wissenschaftlich begleitet werden.